

## **Niederschrift Nr.2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 07.02.2002**

---

Sitzungsort:  
Sitzungsdauer:

Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
17.00 Uhr - 17.45 Uhr

Anwesend waren:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Beigeordnete Lina Meyer - Vorsitzender -  
Ratsherr Walter Davids  
Ratsfrau Helga Grix  
Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

#### **CDU/FDP**

Ratsherr Heino Ammersken  
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser  
Ratsherr Rolf Bolinius  
Beigeordneter Helmut Bongartz  
Ratsherr Ihno Groeneveld für Bürgermeisterin Andrea Risius  
Ratsherr Kurt Hannappel

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)**

Ratsherr Hermann Züchner

### **Beratende Mitglieder**

Herr Wilhelm Grix  
Herr Norbert Haarmeyer  
Frau Elsa Hartwig  
Herr Klaas Hayenga  
Herr Karl-Heinz Kracke Herr Wübbo Krüizinga  
Frau Regine Miermeister  
Herr Dr. Friedhelm Voges

### **von der Verwaltung**

Städt. Oberamtsrat Dieter Mansholt  
Stadtamtsrat Heinz Steenhardt  
Stadtamtsrätin Doris Tempel  
Stadtamtsrat Gerhard Discus  
Sozialplaner Heinrich-Josef Engels  
Stadtoberinspektor Wolfgang Ubben  
Stadtamtsrat Reinhard Kleen als Protokollführer

## **Niederschrift Nr.2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 07.02.2002**

---

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Meyer begrüsst die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse und die drei Zuschauer. Von der Verwaltung begrüßt sie besonders Frau Tempel als neue Fachbereichsleiterin des Fachbereiches Gesundheit und Soziales.

Frau Tempel stellt sich dem Ausschuss kurz vor. Mit der Übernahme der neuen Aufgabe zum 01.01.2002 sei sie praktisch zu den Wurzeln ihres beruflichen Werdegangs zurückgekehrt, erklärt Frau Tempel. Ihr Anliegen sei es, in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zum Wohle gerade der benachteiligten Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden tätig zu sein.

Frau Meyer stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt 2:** Verpflichtung beratender Mitglieder

Die Vorsitzende nimmt die Verpflichtung der beratenden Mitglieder gemäß § 39 Abs. 3 und § 42 NGO vor, die in der 1. Sitzung noch nicht zugegen waren.

**Punkt 3:** Feststellung der Tagesordnung

Einwändungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Beschluss: Die Tagesordnung wird genehmigt.

**Punkt 4:** Genehmigung der Niederschrift Nr.1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.11.2001

Einwändungen gegen die vorliegende Niederschrift werden nicht erhoben.

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 28.11.2001 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt 5:** Einwohnerfragestunde

Ein Zuschauer beginnt, ein persönliches Anliegen vorzubringen. Er wird von Frau Meyer mit dem Hinweis unterbrochen, dass nur Fragen zu den Tagesordnungspunkten der Ausschusssitzung zulässig seien. Das Angebot, die Angelegenheit im Anschluss an die Sitzung mit den Vertretern der Verwaltung zu besprechen, nimmt der Zuschauer dankend an.

**Punkt 6:** Vorlage 14/38  
Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002

Frau Meyer schlägt vor, den Haushaltsplan Seite für Seite zu besprechen.

Herr Bongartz erklärt, zum Verwaltungshaushalt keine Fragen oder Änderungswünsche zu haben. Seinetwegen könne deshalb auf eine seitenweise Besprechung des Haushaltsplans verzichtet werden.

Da weitere Wortmeldungen zum Verwaltungshaushalt und auch Wortmeldungen zum Vermögenshaushalt nicht vorliegen, lässt Frau Meyer über die Vorlage abstimmen.

## **Niederschrift Nr.2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 07.02.2002**

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Emden, folgenden

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 7:** Vorlage 14/39  
Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002

Herr Dr. Beisser erkundigt sich nach der erheblichen Erhöhung der Ansätze für das Produkt 50.2 - Soziale Förderung - vom Ergebnis 2000 zum Budget 2001 und 2002.

Herr Ubben erklärt diese Erhöhung mit der Verschiebung von Haushaltsstellen vom Produkt 50.1.1.2 - Leistungen bei Behinderung - zum Produkt 50.2.

Herr Bongartz spricht die immer größer werdende Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben beim Produkt 50.1.1.3 an. Er fragt, ob diese bedeuteten, dass die Kommune auf immer höheren Kosten sitzen bleibe.

Herr Ubben erklärt, dass die Leistungen bei Pflegebedürftigkeit seit 2001 im Rahmen des quotalen Systems abgerechnet würden. Die zu erzielenden Einnahmen seien derzeit nur sehr schwer abzuschätzen. Es könne aber durchaus passieren, dass die Kommune einen höheren Kostenanteil zu tragen habe.

Herr Mansholt ergänzt, dass die Abrechnung zwischen Stadt und Land innerhalb des quotalen Systems ursprünglich als "0-Summen-Spiel" ausgelegt war. Die tatsächlichen Auswirkungen seien derzeit aber noch nicht abzusehen und müssten abgewartet werden.

Herr Bongartz spricht das Produkt Nr.50.1.7 - Möbellager - an. Er fragt, ob es angesichts der Kosten von annähernd 76.000,- EUR nicht sinnvoll sei, dieses aufzugeben. Für gebrauchte Möbel gäbe es auch andere Anbieter.

Herr Discus erklärt, dass diese Frage durchaus differenziert zu betrachten sei. Der Verwaltungsvorstand habe den zuständigen Fachdienst beauftragt, eine entsprechende Untersuchung durchzuführen.

Herr Bongartz sind die im Budget 2002 mehr als verdoppelten Ausgaben für das Produkt 53.2.3 - Qualitätssichernde Maßnahmen -aufgefallen. Er hätte gerne gewusst, wofür dieser Aufwand betrieben werde.

Herr Mansholt verweist hierzu auf Seite 322 des Produktbuches, wo eine Kurzbeschreibung der Maßnahmen aufgelistet sei. Nähere Angaben könne er auch nicht machen.

Frau Tempel sagt Beantwortung über das Protokoll zu.

### Anmerkung des Protokollführers:

Die Aufgabe "Leichensachen" wurde diesem Produkt vom Fachdienst Öffentliche Sicherheit und Straßenverkehr zugeordnet. Für geschätzte 10 angeordnete Bestattungen nach dem Niedersächsischen Gefahrenabwehrgesetz wurden zusätzlich 25.000,- EUR an Sachkosten veranschlagt (s. auch Produktbuch Seite 322 und 323, jeweils letzte Zeile). Aufgrund der Betriebsabrechnung für 2000 wurde außerdem der Personalkostenanteil angepasst.

## **Niederschrift Nr.2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 07.02.2002**

Frau Meyer erkundigt sich nach dem Grund für die erhebliche Erhöhung der Ausgaben beim Produkt 104.1.4 - Wohnraumversorgung und Hilfen bei Wohnproblemen -.

Herr Ubben erklärt, dass die Sachkosten im Jahre 2001 zum Teil falsch zugeordnet worden seien. Außerdem sei ein starker Anstieg der Obdachlosenzahlen zu registrieren.

Da weitere Fragen nicht vorliegen, lässt Frau Meyer über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales empfiehlt dem Rat der Stadt Emden folgenden

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt das Produktbuch der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2002.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 8:** Entscheidung über Widersprüche in Sozialhilfeangelegenheiten; Bildung eines fünfköpfigen Beratungsgremiums gemäß § 114 Abs. 2 BSHG auf Vorschlag des Ausschusses für Gesundheit und Soziales aus dessen Mitte (Nachwahl von 2 Vertretern)

Herr Discus kommt auf die 1. Sitzung vom 28.11.2001 zurück, in der die Mitglieder des Beratungsgremiums und deren Vertreter gewählt worden seien. Für Herrn Rolf Bolinius und Herrn Norbert Haarmeyer seien seinerzeit aber noch keine Vertreter/in benannt worden. Diese seien heute noch nachzuwählen.

Herr Hannappel schlägt als Vertreter für Herrn Haarmeyer Herrn Uwe Hellmann vor.

Herr Dr. Beisser schlägt als Vertreterin für Herrn Bolinius Frau Sabine West vor.

Zur Besetzung des Beratungsgremiums ergeht folgender ergänzender

**Beschluss:** Der Gesundheits- und Sozialausschuss benennt als Vertreter/in für das Beratungsgremium:

1. für Herrn Rolf Bolinius Frau Sabine West
2. für Herrn Norbert Haarmeyer Herrn Uwe Hellmann.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 9:** Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

**Punkt 10:** Anfragen

Frau Meyer erkundigt sich, wie die Verwaltung auf den Einbruch auf dem Arbeitsmarkt reagieren wolle.

Frau Tempel erklärt, dass bereits in der Vergangenheit viel unternommen worden sei, der Arbeitslosigkeit entgegen zu wirken, insbesondere durch die Hilfe zur Arbeit. Inzwischen sei eine neue Software beschafft worden, um den arbeitssuchenden Hilfeempfängern noch besser helfen zu können. Derzeit würde der Personenkreis insbesondere hinsichtlich der vorhandenen Qualifikationen näher durchleuchtet. Auf der Basis dieser Erkenntnisse solle dann über gezielte Maßnahmen entschieden werden.

## **Niederschrift Nr.2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 07.02.2002**

Herr Discus ergänzt, dass es weiterhin erstes Ziel sei, die Hilfesuchenden auf dem 1. Arbeitsmarkt unterzubringen. Alles andere würde dauerhaft nicht aus der Sozialhilfe herausführen. Für Menschen mit Einschränkungen in ihrer Leistungsfähigkeit sei aber natürlich auch der 2. Arbeitsmarkt weiterhin interessant. Als wirksame Maßnahme für die Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt habe sich der Lohnkostenzuschuss herausgestellt. Im Jahre 2001 hätten hierdurch 15 Personen in eine Stelle vermittelt werden können. Davon hätten allerdings auch 5 Personen die Stelle wieder aufgegeben, zum Teil wegen fehlender Qualifikationen oder aber auch wegen mangelnder Ausdauer. Im Moment stelle sich allerdings das Problem, dass die hierfür zuständige Person zum Arbeitsamt gewechselt sei. Er versuche aber, diesen Bereich wieder personell zu verstärken.

Herr Bongartz merkt an, dass im Nachtragshaushalt 2001 und im Haushalt 2002 erhebliche Mittel für Investitionen zum Beispiel im Straßenbau zur Verfügung gestellt worden seien. Im Jahre 2001 habe man erleben müssen, dass die Verwaltung mit der Erteilung von Aufträgen nicht nachgekommen sei. Dies dürfe sich 2002 nicht wiederholen. Er begrüße in diesem Zusammenhang auch das Gesetz, nach dem Ausschreibungen der öffentlichen Hand nur noch an Betriebe erfolgen dürften, die Tariflohn bezahlen. Er plädiere dafür, die Einhaltung dieses Gesetzes seitens der Stadt Emden zu kontrollieren.

Herr Dr. Beisser erkundigt sich, ob auch in Emden geplant sei, eine "Babyklappe" einzurichten.

Auf Vorschlag von Frau Meyer wird diese Anfrage an den Fachbereich 600 - Jugend, Schule und Sport - weitergereicht.

Herrn Davids und Herr Dr. Kleinschmidt kommen noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 8 zurück und fragen, ob das Beratungsgremium nicht mit Ausschussmitgliedern besetzt sein müsse.

Herr Discus erklärt, dass die Formulierung "aus seiner Mitte" bedeute, dass die Mitglieder von diesem Ausschuss benannt und gewählt werden müssten.

Herr Kleen ergänzt, dass er wegen dieser missverständlichen Formulierung noch einmal mit dem Fachdienst Verwaltungsdienste Rücksprache genommen habe. Von dort habe er die Auskunft erhalten, dass es sich nicht um Ausschussmitglieder handeln muss. Der Ausschuss entscheide, wer als sozial erfahrene Person anzusehen sei und damit Mitglied des Beratungsgremiums werden könne.

Frau Meyer gibt die Einladung an den Ausschuss weiter, anlässlich des 100jährigen Bestehens des Emders Seemannsheimes dort eine Ausschusssitzung durchzuführen. Als Termin komme der 12. Juni 2002 in Frage.

Herr Grix gibt aus der Erfahrung mit einer früheren Einladung des VW-Werkes zu bedenken, dass Sitzungen außerhalb der städtischen Gebäude laut einschlägiger Kommentierung nicht zulässig sein sollen.

Frau Meyer erwidert, Herr Esser, Pastor der Ostfriesischen Seemannsmission, habe die Einladung zum Besuch des Seemannsheims in der am Vortage stattgefundenen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Hafen und Tourismus im Zusammenhang mit den geplanten Veranstaltungen zum 100jährigen Hafengeburtstag ausgesprochen. Die Ostfr. Seemannsmission besteht im Jahr 2002 ebenfalls seit 100 Jahren. Herr Oberbürgermeister Brinkmann habe diese Einladung an sie als Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales weitergegeben. Sie gehe daher davon aus, dass Herr Brinkmann keine Bedenken gegen die Durchführung einer Sitzung im Seemannsheim in diesem Ausnahmefall habe.

## **Niederschrift Nr.2 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 07.02.2002**

---

Herr Bongartz wendet ein, dass die Öffentlichkeit auf jeden Fall sichergestellt sein müsse.

Die Öffentlichkeit sei im Seemannsheim auf jeden Fall gesichert, erklärt Herr Dr. Voges. Er würde es begrüßen, wenn der Ausschuss sich durch auswärtige Sitzungen kündigt machen würde. Er könne gern noch weitere Einladungen aussprechen.

Da weitere Anfragen nicht vorliegen, schließt Frau Meyer die öffentliche Sitzung um 17.45 Uhr mit dem Wunsch für einen guten Nachhauseweg.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17.45 Uhr.